

Eine Herkulesaufgabe

Mit der Flüchtlingsbetreuung bürdet der Bund den Kreisen und Kommunen eine Last auf, die diese völlig überfordert. Und das nicht nur finanziell. Was das konkret bedeutet, war im Sozialausschuss des Stadtparlaments zu erfahren. Die Probleme beginnen damit, dass übergeordnete Behörden den Städten Auskünfte verweigern, die für die Arbeit mit Flüchtlingen eigentlich selbstverständlich sein sollten.

Von Jürgen Wagner

Ordnungsamtsleiter Jürgen Schlerf bringt so leicht nichts aus der Fassung. Er hat immer eine Lösung parat. Die Betreuung der Flüchtlinge aber bereitet ihm wie den anderen im Rathaus damit beschäftigten Verwaltungsmitarbeitern große Sorgen. »Wir sind ein wenig hilflos«, sagte Schlerf am Dienstagabend im Sozialausschuss. »Das ist eine Herkulesaufgabe.«

Im Jahr 2014 bekam Friedberg die ersten 17 Flüchtlinge aus sechs Nationen zugewiesen. (Es gab und gibt weitere Flüchtlinge in Friedberg, sie werden vom Wetteraukreis in der Pfingstweide betreut.) Die Menschen kamen im Flüchtlingsheim in Fauerbach unter, einige wohnen auch in der Hausmeisterwohnung der Stadthalle. Für 2015 wurden laut einer Stellungnahme der Verwaltung von Anfang Februar 64 Personen erwartet. Das Papier ist bereits veraltet, die Zahl wurde nach oben korrigiert: Jetzt, erfuhr die Stadt vom Kreis, seien es 32 im Quartal, also doppelt soviel, rund 120 bis Ende des Jahres. Und die Zuweisungszahlen steigen weiter. Ende 2016 muss die Stadt zwischen 200 und 250 Flüchtlinge betreuen. Das Problem: So viel Wohnraum steht gar nicht zur Verfügung.

Die Stadt war nicht untätig, alle Möglichkeiten wurden überprüft, schilderte Dr. Christiane Pfeffer, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung. Die Friedberger Wohnungsbaugesellschaft (Wobau) wird bis zu sechs Wohnungen zur Verfügung stellen. Die Stadt verhandelt mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) über das ehemalige Gästehaus der US-Armee in der Stahlstraße. Pfeffer: »Ein geeignetes Haus, mit vielen Zimmern und 60 bis 90 Plätzen.« Nur: Das Gebäude muss komplett mit neuen Versorgungsleitungen angeschlossen werden, die Fußböden sind belastet, die Sanierung kostet 1,2 bis 1,4 Millionen Euro. Und kostenlos ist das Haus von der BIMA auch nicht zu haben. Die Stadt soll das Gebäude vom Bund kaufen, damit sie eine vom Bund aufgelegte Aufgabe erfüllen kann.

Auch auf dem Gelände des ehemaligen Autohauses Philippi sollen Flüchtlingswohnun-



Das ehemalige Autohaus Philippi im Schatten der Burg: Auf einem Teil des Geländes will die Wobau ein Haus mit Flüchtlings-Appartements errichten. Zur Weiherstraße hin (rechts) soll ein normales Wohnhaus mit größeren Wohnungen entstehen. (Foto: nic)

gen entstehen. Die Wobau will zwei Gebäude errichten für 20 bis 25 Personen, allesamt kleine Appartements, die später auch auf dem normalen Wohnungsmarkt angeboten werden können. Wie Schlerf sagte, wurden Hotels, Pensionen und Besitzer von Ferienwohnungen angeschrieben. Von 18 sind vier eventuell bereit, Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Dabei drängt die Zeit. Stand jetzt bekommt die Stadt im laufenden zweiten Quartal sechs Personen nicht unter.

Container hinter der Spielothek

Bleiben Container. In Fauerbach könnte ein kleinerer für zwölf Personen aufgestellt werden. Im Gewerbegebiet West wäre ein zweigeschossiger Container möglich, mit 62 Plätzen. Direkt hinter einer Spielothek. Willkommen im real existierenden Kapitalismus. So einen Container setzt man zudem nicht einfach auf die Wiese. Er braucht ein Fundament und Versorgungsleitungen, eine Brandmeldeanlage ist auch unabdingbar. Das alles kostet. Rund 1,7 Millionen Euro muss die Stadt für einen großen Container bezahlen. Immerhin 1,2 Millionen Euro sind im Haushalt 2015 für die Flüchtlingsbetreuung vorgesehen, ein Haushalt, der noch nicht genehmigt ist, geschweige denn verabschiedet.

Die Verwaltung hat weitere Flächen für (kleine) Container ins Auge gefasst. Möglich wäre die Wiese neben der Sporthalle in Ockstadt. Der Festplatz in Dorheim. Ein Grundstück an der Wetter in Bruchenbrücken. Die Wiese unterhalb der 24 Hallen in der USA-Vorstadt wurde ebenfalls geprüft. »Wenn da ein Container steht, kann keine Kita gebaut werden«, sagte Pfeffer. Nach Ansicht von Florian Uebelacker (Grüne) ist diese Kita längst Geschichte, stattdessen werde in der Housing Area eine gebaut.

Rosa Maria Bey (CDU) wollte wissen, wie viele Flüchtlinge aus sicheren Drittstaaten nach Friedberg kommen. Im vergangenen Jahr waren es von 16 Personen drei, in diesem Jahr von 16 ganze zwölf, sagte Flüchtlingsbetreuer André Veith. Dass diese Menschen (aus Albanien etwa oder aus Serbien) nicht lange in Deutschland blieben, weil sie keine Chance auf einen Anerkennungs-Status haben, stimme nicht. Auch diesen Menschen müsse die Stadt eine Wohnung zur Verfügung stellen. Und selbst wenn ein Flüchtling einen Aufenthaltsstatus hat und sich somit auf dem freien Wohnungsmarkt eine Bleibe suchen müsste, zieht er so schnell nicht aus der städtischen Unterkunft aus. Obwohl dann die Verpflichtungen der Stadt enden. Wie Veith sagte, erfahre er, wenn überhaupt, allenfalls von den Flüchtlingen selbst, dass sich deren Status geändert hat. Weder der Kreis noch das Bundesamt für Migration teile dies den Kommunen mit, aus Gründen des Datenschutzes.

Wie ein Magistratsmitglied der WZ sagte, stünden die Flüchtlinge mitunter völlig unvermittelt auf dem Hof hinterm Rathaus, ohne dass die Stadt vorher davon in Kenntnis gesetzt worden sei.

Die Stadtverordnetenversammlung tagt erst wieder Ende Mai (aus Spargründen). Das ist zu spät, es müssen Entscheidungen getroffen werden. Magistrat und Ältestenrat trafen sich im Anschluss an die Ausschusssitzungen – um zu entscheiden, dass sich der Magistrat noch einmal am kommenden Montag treffen soll. Stadtrat Herbert Wellenberg (CDU) appellierte in Vertretung von Bürgermeister Michael Keller an die Fraktionen, die weiteren Schritte zur Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge in Friedberg vorab zu ermöglichen und den formellen Beschluss dann in der Stadtverordnetenversammlung nachzuholen.